

AUSGABE SEPTEMBER 2009

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links



**ver.di
fordert:**

**Jetzt
2010
stoppen**

Seite 7

DGB-Studie: Krank zur Arbeit

„Die Bedenken sind angekommen“



ver.di im Gespräch mit Finanzsenator Dr. Nußbaum

Am 28. August 2009 fand ein Gespräch zwischen der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung und Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum über die Personal-, Stellen- und Arbeitssituation in den Finanzämtern und über das Modell „Finanzamt 2010“ statt. Für ver.di nahmen an dem Gespräch Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Francisca Bier und Nadine Lichhorn sowie unsere Gewerkschaftssekretärin Antje Thomaß teil. Neben dem Senator war die Verwaltung durch den Abteilungsleiter Herrn Hennig, den Referatsleiter Herrn Skrodzki, den Büroleiter des Senators Herrn Köhler und den Pressesprecher Herrn Abbou vertreten.

Klaus-Dieter Gössel forderte eine bessere Stellenausstattung. Das sei zur Gleichmäßigkeit der Besteuerung, für einen ordnungsgemäßen Gesetzesvollzug und zur Einnahmeerhöhung dringend erforderlich. **„Wir wollen 100 % des berechneten Personalbedarfs“**, so die deutlichen Worte von Klaus-Dieter Gössel. Der Senator bleibt jedoch bei der 90%-Vorgabe seines Vorgängers, die Ende 2009 erreicht sein wird. Er sicherte in dem Gespräch aber zumindest zu, dass es weitere Stelleneinsparungen in 2010 und 2011 nicht geben und die Grenze von 90 % nicht unterschritten werde.

Mit unserer Forderung, den Einstellungskorridor auf 160 zu erhöhen, um die zu erwartenden Abgänge auszugleichen, hatten wir weniger Schwierigkeiten. Nadine Lichhorn machte deutlich, dass bereits ein Jahr vor dem Einstellungstermin mit dem Bewerbungsverfahren begonnen werden müsse und forderte, mindestens 250 AnwärterInnen einzustellen, um den erhöhten Einstellungskorridor überhaupt ausschöpfen zu können. Die Verwaltungsvertreter sicherten zu, hier neue Wege zu gehen, um rechtzeitig geeignete BewerberInnen in ausreichender Zahl zu finden. Dazu machte der Finanzsenator mit den Worten **„Sie können nur über sich selbst stolpern, nicht über mich in dieser Frage“** deutlich, dass er hier seiner Verwaltung freie Hand für eine schnelle Umsetzung gibt.

Klaus-Dieter Gössel schilderte anschließend die schwierige Arbeitssituation. **„Die Leute schlagen sich mit IT-Programmen und den Auswirkungen der EOSS-Umstellung ‘rum, dazu kommt ein Mangel an Wertschätzung durch den Berliner Senat, die Senatsverwaltung für Finanzen und häufig auch durch Vorgesetzte“**, so Klaus-Dieter Gössel wörtlich. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die schlechte Bezahlung in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern, die schleppende Bearbeitung der Beihilfeanträge, die notwendige Begrenzung der Telefonsprechzeiten, permanente Stellenkürzungen, stetige Arbeitsverdichtung und nicht zuletzt auf die unsinnige Umorganisation zum „Finanzamt 2010“ hin. Der außerordentlich hohe Krankenstand sei Folge dieser verfehlten Politik.

Wie erwartet, äußerte sich der Senator nicht zur laufenden Tarifrunde. An einem Senken des Krankenstandes zeigte er sich jedoch außerordentlich interessiert. Die Ursachen müssten genauer untersucht werden. Dr. Nußbaum bat hier den ver.di-VertreterInnen eine Zusammenarbeit an. **„Ich habe das Problem beim Arbeitgeber verortet“**, so Dr. Nussbaum, der keinen Zweifel daran ließ, auch die Vorgesetzten für hohe Krankenstände zur Verantwortung ziehen zu wollen.

Klaus-Dieter Gössel machte deutlich, dass das Modell „Finanzamt 2010“ nicht die Probleme der Finanzämter löse, sondern zusätzliche schaffe. Es sei schlicht überflüssig. Seine dringende Forderung: Bei Stufe 4 des Modells innehalten oder es wenigstens den Finanzämtern überlassen, so zu verfahren. Der 31.12.2010 für das Erreichen der Stufe 6 muss aufgehoben werden. Vorsteher, Beschäftigtenvertretungen und KollegInnen lehnen das Modell aus guten Gründen ab. Dazu der Senator: **„Die Bedenken sind angekommen, das System ist aber an sich nicht falsch.“** Zur ver.di-Kritik an dem Termin sagte Dr. Nussbaum: **„Im Einzelfall und unterschiedlich von Finanzamt zu Finanzamt muss man das differenzierter angehen ... Ich spreche ‘mal hier von unterschiedlichen Geschwindigkeiten.“**

ver.di sieht in diesen vorsichtigen Aussagen des Senators einen ersten Schritt hin zu mehr Flexibilität bei der Umsetzung des Modells „Finanzamt 2010“.

Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.

Hat der Berliner Senat etwas gegen seine Beschäftigten?

Manche würden diese Frage als überspitzt ansehen; es gibt aber diverse Anzeichen für die Berechtigung dieser Annahme. Der Senat mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit an der Spitze verweigert den Beschäftigten seit Jahren eine angemessene, in anderen Bundesländern übliche Gehaltserhöhung. Und das, obwohl diese Beschäftigten bis Ende 2009 jährlich mit 500 Millionen Euro einen riesigen Einsparbetrag für den Berliner Haushalt erbringen. Auf die Beamtinnen und Beamten wollen Wowereit & Co. nicht einmal den von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erkämpften Sockelbetrag von 65 € pro Monat übertragen, geschweige denn denken sie

daran, die erfolgten Kürzungen des Weihnachts- und Urlaubsgeldes rückgängig zu machen. Aber auch sonst fehlt es vielfach an Zeichen der Wertschätzung. Verfehlte Umorganisationen à la Finanzamt 2010 tun ein Übriges für die schlechte Stimmung in den Finanzämtern.

ver.di wird den Mangel an Wertschätzung weiterhin kritisieren und öffentlich machen. Die Kolleginnen und Kollegen können ihren Teil in der jetzt gestarteten Tarifrunde dazu beitragen und sich an den gewerkschaftlichen Aktionen bis hin zu Streikmaßnahmen beteiligen.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin

Die Geschichte aufarbeiten

16 Jahre ver.di-Seminare im Haus der Wannseekonferenz

Seit 1993 veranstaltet ver.di – vormals ötv – in Zusammenarbeit mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz jährlich Seminare zum Thema Reichsfinanzverwaltung und Nationalsozialismus.

Als sich Eberhard Schönknecht aus dem FA Charlottenburg-Ost vor 16 Jahren mit diesem Thema befasste, wurde die Rolle der Reichsfinanzverwaltung im „Dritten Reich“ in unserer Verwaltung noch nicht ernsthaft diskutiert. Bis dahin wurde eher das Bild von der unpolitischen Fachverwaltung aufrecht erhalten. Erst seit dieser Zeit wird die Rolle, die die Finanzverwaltung bei der Verfolgung der Juden im Deutschen Reich spielte, aufgearbeitet. Die ver.di-GewerkschafterInnen haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Inzwischen finden sich sogar auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Finanzen entsprechende Informationen.

Begonnen haben wir 1993 mit Ein-Tages-Seminaren, inzwischen befassen sich die TeilnehmerInnen fünf Tage mit der Rolle der Reichsfinanzverwaltung, mit der Wannseekonferenz, auf der die Durchführung der Vernichtung der Juden in Europa besprochen wurde, und mit der Ausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte. Sie hören etwas über die Geschichte der Reichsfinanzverwaltung von 1919 bis 1945 und erfahren, wie die nationalsozialistische Ideologie das Beamtenrecht und die Verwaltung durchdrungen hat. Anhand eines realen Aktenvorgangs wird die Ausplünderung eines jüdischen Steuerpflichtigen und die Verwertung seines Vermögens und Hausrats durch die Reichsfinanzverwaltung erfahren. Täterbiographien werden darge-

stellt und hinterfragt. Disziplinarvorgänge aus jener Zeit zeichnen das Bild einer Zeit ohne Grundrechte. Informationen über die unzureichende Vergangenheitsbewältigung und den häufig schonenden Umgang mit Tätern runden dieses Bild ab.

Ziel des Seminars ist es auch, sich der Wertschätzung der Grundrechte bewusst zu werden und die demokratische Bewertung von Begriffen wie Gehorsam, Verantwortung, Autorität und Widerstand sowie das Hinterfragen eigenen Handelns zu ermöglichen. Fast alle TeilnehmerInnen fanden das Seminar sehr interessant. Von der Botin bis zum Vorsteher haben bisher rund 400 KollegInnen in ganz unterschiedlich zusammengesetzten Gruppen teilgenommen, gemeinsam diskutiert und dabei interessante Denkanstöße erhalten.

Erschreckend bleibt die Erkenntnis, zu welchen Taten eine Bürokratie fähig ist, wenn die falschen Leute an die Schalthebel der Macht kommen. Dem muss rechtzeitig entgegengetreten werden. Das gelingt dann besser, wenn bekannt ist, welche Ziele totalitäre Weltanschauungen, insbesondere auch Rechtsextreme, verfolgen.

Wir setzen unsere Seminarreihe auch im nächsten Jahr fort. Das nächste Seminar findet vom 1. bis 5. November 2010 statt.





ver.di fordert

SenFin muss Einstellung ändern

Die Berliner Finanzämter brauchen dringend Nachwuchs, denn das Durchschnittsalter in unserer Verwaltung ist inzwischen auf 47 Jahre gestiegen. Und in den nächsten Jahren werden viele erfahrene Kolleginnen und Kollegen die Ämter verlassen und in den Ruhestand gehen.

ver.di fordert deshalb eine Personalplanung, die die Zukunft im Blick hat und

nicht aktuelle Sparziele verfolgt, denn ausgebildete Steuerbeamtinnen und -beamte fallen nicht vom Himmel. Der Finanzsenator hat im Gespräch mit ver.di erklärt, dass der 90-Prozent-Ansatz des Personalbedarfs nicht unterschritten werden soll. Diese Grenze ist aber heute schon fast erreicht. Allein um die erwarteten Abgänge von ca. 160 Beschäftigten pro Jahr zu ersetzen, müssen jährlich mehr als 250 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt werden. Um die besten Bewerberinnen und Bewerber zu bekommen, muss SenFin ab sofort die Werbetrommel rühren, schon jetzt mit dem Einstellungsverfahren für das nächste Jahr beginnen und frühzeitig Einstellungszusagen erteilen. Alle, die sich bereits in der Ausbildung befinden, haben in der momentanen Situation übrigens gute Übernahmemöglichkeiten, wenn sie ihre Laufbahnprüfung mit „befriedigend“ oder besser abschließen.

HERZLICH WILLKOMMEN!



Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wünschen Euch einen guten Start in Eurem Ausbildungsfinanzamt und im Bildungszentrum Königs Wusterhausen. Gebt von Anfang an Gas und haltet durch, denn wenn es in zwei bzw. drei Jahren um die Übernahme geht, wird nur auf Eure Noten geschaut.

Eure Francisca Bier, Nadine Lichhorn und André Knoblauch

Nazi-Tarnung mit Modetrend

ver.di-Jugend warnt vor Thor Steinar

Immer mehr Neonazis entdecken die von der Fa. MediaTex GmbH vertriebene Modemarke „Thor Steinar“ für sich. Thor Steinar verwendet Schriftzüge, Begriffe und Motive, die es in ähnlicher Form auch im Nationalsozialismus gegeben hat. So wird rechtsradikales Gedankengut transportiert. Das geschieht manchmal auch unbeabsichtigt, weil die Symbolik teilweise nur für Insider erkennbar ist.

Anders als andere von Neonazis bevorzugte Modemarken wie „Lonsdale“, „New Balance“ oder „Fred Perry“, die sich entschieden von diesem Kundenkreis distanzieren haben und teilweise sogar antifaschistische Projekte unterstützen, sieht dazu der Geschäftsführer von MediaTex, Uwe Meusel, keinen Grund: „Ich muss mich hier nirgendwo distanzieren“, mehr hat er dazu nicht zu sagen.

Zeitweise war die Bekleidung wegen der Ähnlichkeit ihres Logos mit Symbolen des Nationalsozialismus in einigen Bundesländern und in Tschechien verboten. Daraufhin änderte MediaTex lediglich das Logo, um weiter Profit mit den Neonazis zu machen.

Die ver.di-Jugend hat sich bereits in viele Städten, in denen es „Thor Steinar“-Läden gibt, den lokalen Bündnissen angeschlossen und an Protesten und Demonstrationen beteiligt oder selbst dazu aufgerufen. In einigen Fällen ist es gelungen, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und juristische Mittel eine Schließung der Geschäfte zu erreichen. Aber auch jede/r Einzelne kann etwas dagegen tun und selbst aktiv werden: Die Marke „Thor Steinar“ konsequent boykottieren, im Freundes- und Familienkreis darüber aufklären und sich an örtlichen Protestaktionen beteiligen.

Ärger ohne Ende

Beihilfe: Antragsbearbeitung dauert zu lange



Nach wie vor ist die lange Bearbeitungszeit für die Beihilfeanträge ein großes Ärgernis für die KollegInnen. Die Beschäftigten im Landesverwaltungsamt trifft an dieser Misere keine Schuld. Sie sind selbst Opfer einer verfehlten Personalpolitik. Die Verantwortlichen dafür – allen voran Innensenator Körting – scheinen zu glauben, allein mit vollmundigen Versprechungen lasse sich eine angemessene Bearbeitungszeit erreichen. So reden sie von einer Bearbeitung der Beihilfeanträge unmittelbar nach Antragsingang, und auch in den Zielvereinbarungen mit der Beihilfestelle soll dem Vernehmen nach Entsprechendes festgeschrieben sein.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Inzwischen warten die Beschäftigten wieder mehr als sechs Wochen auf den Beihilfebescheid und ihr Geld. Und das sind häufig erhebliche Beträge. Es ist nicht zumutbar, einerseits den BeamtInnen seit Jahren eine angemessene

Erhöhung ihrer Bezüge zu verwehren, andererseits aber zu erwarten, dass sie bei den Arztrechnungen in Vorleistung treten und so ihrem Arbeitgeber immer wieder zinslose Kredite in Millionenhöhe gewähren.

Wenn dann der Bescheid endlich kommt, ist auch das nicht immer ein Grund zur Freude. Da wird die Beihilfe für eindeutig beihilfefähige Aufwendungen verweigert, auf Originalbelege bestanden, obwohl Kopien ausreichen oder längst eingereichte Unterlagen noch einmal angefordert – um nur einige Beispiele der ver.di vorliegenden Beschwerden zu nennen. Wer dann ankündigt, Einspruch einzulegen, dem wird zu allem Überfluss auch noch eine Bearbeitungszeit von bis zu einem Jahr „angedroht“. So kommt es schon mal vor, dass Beschäftigte lieber einen Tag Urlaub nehmen und leidige Probleme mit der Beihilfestelle persönlich klären, um dadurch ein langwieriges Verfahren zu vermeiden und nicht ewig auf das Geld warten zu müssen. Kein gutes Beispiel für gelungene Kundenorientierung, aber die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wohl doch nur eines aus Sicht dieses Senats, nämlich lästig und schon gar keine Kunden.

ver.di fordert endlich eine Problemlösung mit nachhaltiger Wirkung. Die Beihilfestelle muss dauerhaft mit einschlägig ausgebildeten Beschäftigten in ausreichendem Umfang ausgestattet werden.



Klaus Wilzer,

GPR-Vorsitzender, im Interview

vau: Die ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung hat ihre Forderungen dem Finanzsenator gerade in einem Gespräch mitgeteilt. Du hattest zwei Wochen zuvor die Gelegenheit, mit Dr. Nußbaum zu sprechen. Um was ging es dabei?

Klaus Wilzer: Die Themen liegen auf der Hand: Zu allererst die angespannte Arbeits- und Personalsituation in den Finanzämtern, in diesem Zusammenhang natürlich auch die Notwendigkeit des Einstellungskorridors für die Übernahme von AnwärterInnen, die mangelnde Wertschätzung und nicht zuletzt das leidige Thema Finanzamt 2010.

Und gibt es da Bewegung?

Unsere Kritik, die wir immer wieder auch öffentlich gemacht haben, hat offensichtlich Wirkung gezeigt. In den nächsten beiden Jahren bleiben die Finanzämter von weiteren Stelleneinsparungen verschont, und die Abgänge sollen vollständig durch Übernahmen ausgeglichen werden.

Gibt es auch Bewegung beim Thema FA 2010? ver.di warnt ja schon seit langem davor, die Sorgen und Ängste der Beschäftigten zu ignorieren.

Bereits 2006 habe ich als GPR-Vorsitzender das Kombi-Sachgebiet abgelehnt. Ich habe Dr. Nußbaum jetzt aufgefordert, den Umsetzungstermin 31.12.2010 aufzugeben und nicht mehr auf der Umsetzung des letzten Schrittes, also der Einführung der Kombi-Sachgebiete, zu bestehen. Jedes Finanzamt muss die Chance haben, die weitere Entwicklung selbst zu bestimmen und es bei den Sachgebieten Festsetzung und Erhebung zu belassen.

Praxisgebühr auch für Beamte

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 30.4.09 entschieden, dass auch Beamte und ihre beihilfeberechtigten Familienangehörigen die sogenannte Praxisgebühr zu zahlen haben. Die Entscheidung des Gerichts auf Grundlage der zwischen 2004 und 2007 anzuwendenden Beihilfevorschriften des Bundes besagt, dass die Praxisgebühr mit höherrangigem Recht vereinbar ist und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten nicht verletzt wird. Die damaligen Beihilfevorschriften stellen sicher, dass die Kürzung der Beihilfe durch die Praxisgebühr für BeamtInnen und ihre berücksichtigungsfähigen Angehörigen zusammen zumutbar ist. (BVerwG 2 C 127.07 und 2 C 11.08 – Urteile vom 30. April 2009)

Jetzt Guthaben abbauen



Auch wenn bisher nicht klar ist, ob in Berlin vom 1. Januar 2010 an ein neues Tarifrecht gilt oder der BAT/BAT-O noch weiter fortbesteht, eines ist jedenfalls sicher: Mit der Absenkung der Vergütungen durch den Anwendungstarifvertrag um 8–12 % und Umwandlung in Freizeit ist im nächsten Jahr endgültig Schluss. Das hat ver.di im Vorbereitungsvertrag bereits am 12.11.2008 mit dem öffentlichen Arbeitgeber fest vereinbart.

Die Tarifbeschäftigten in Berlin haben durch die Absenkung der Vergütung in den letzten Jahren Zeitguthaben auf einem individuellen Arbeitszeitkonto gesammelt. Über dieses Guthaben erhalten sie vierteljährlich eine Dokumentation und sie können frei darüber entscheiden, wie sie die Zeitguthaben abbauen

wollen. ver.di hat immer wieder dafür geworben, zeitnah über das Guthaben zu verfügen und dem Senat nicht auch noch hier einen „zinslosen Kredit“ zu gewähren. Denn das Zeitguthaben verfällt zwar nicht und kann jederzeit bis zum Renteneintritt genommen werden (es ist sogar vererbbar), aber eine „Verzinsung“ wird nicht vorgenommen.

Das Guthaben wird in Stunden ausgewiesen. Wer es in Anspruch nimmt, verbraucht in diesem Jahr für einen freien Tag deshalb auch nur die abgesenkte tatsächliche Stundenzahl. Im nächsten Jahr steigt mit der Vergütung auch die Arbeitszeit wieder. Ab diesem Zeitpunkt werden also mehr Stunden für einen freien Tag benötigt. Folglich werden aus dem Stundenguthaben weniger freie Tage als in 2009. Alle Betroffenen sollten genau überlegen, ob ein Abbau ihres Zeitguthaben noch in diesem Jahr für sie von Vorteil ist.

Anzeige

NÜRNBERGER Beamten
Versicherungen – Beamtendarlehen

Zinsen senken – befreit leben.

Sie zahlen hohe Darlehensraten? Dann lösen Sie den bestehenden Kredit einfach ab – mit dem NÜRNBERGER Beamtendarlehen und der DSL Bank.

Schon ab 5,88 %*!

*effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren

So können Ihre Wünsche wahr werden. Rufen Sie gleich an! Ihr Ansprechpartner nimmt sich gern Zeit für Sie.

NÜRNBERGER Beamten
Lebensversicherung AG
Bezirksdirektion Berlin GA
Thomas Otto

Kurfürstendamm 40/41, 10719 Berlin
Tel. 030 88422-320, Fax 030 88422-350
thomas.otto@nuernberger.de
www.nuernberger.de

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE



Krank zur Arbeit

DGB-Index „Gute Arbeit“ 2009 kommt zu besorgniserregenden Erkenntnissen

Ende Juni hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den DGB-Index „Gute Arbeit“ 2009 vorgestellt. Die Beschäftigten erteilen der Arbeitsqualität in Deutschland nach wie vor ein schlechtes Zeugnis: Nur 12 % beurteilen ihre Arbeit als gut, 55 % als mittelmäßig und erschreckende 33 % als schlecht.

Im Rahmen der Befragung 2009 hat der DGB auch eine Sondererhebung „Krank zur Arbeit – Gesundheitliche Beschwerden am Arbeitsplatz“ durchgeführt. Die Ergebnisse lösen Bestürzung aus, denn fast 80 % der Befragten haben angegeben, mindestens einmal im letzten Jahr zur Arbeit gegangen zu sein, obwohl sie sich „richtig krank“ fühlten. Mehr als ein Drittel haben dabei sogar gegen ärztlichen Rat gehandelt, und 25 % haben sich sogar mehrmals Medikamente verschreiben lassen, um fit für die Arbeit zu sein. Wer ein niedriges Einkommen bezieht, handelt viel häufiger so unvernünftig, wer viel verdient, kuriert sich eher zuhause aus. Und auf die Frage, ob sie ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen bis zur Rente standhalten können, antworten mit „Nein“ 66 % der Beschäftigten, die mehrmals, aber nur 11 % derjenigen, die niemals krank zur Arbeit gegangen sind.

Auch wenn in den Berliner Finanzämtern der Krankenstand nach wie vor besonders hoch ist, heißt das nicht, hier würden sich die Beschäftigten grundsätzlich anders verhalten und eher zu Hause auskurieren. Denn der hohe Altersdurchschnitt, viele dauerhaft erkrankte Beschäftigte, die in anderen Wirtschaftsbereichen längst ausgesondert wurden, und die große Zahl von BeamtInnen müssen ganz zwangsläufig zu anderen Durchschnittswerten führen. Unabhängig davon kennt aber jede/r von uns KollegInnen, die auf dem Zahnfleisch mit tiefender Nase oder schmerzdem Rücken ins Büro kommen, um ihre KollegInnen möglichst nicht zu belasten. Sie setzen so ihre Gesundheit aufs Spiel.

Auf dem Plakat des Robert-Koch-Institutes „Selbstverteidigung gegen Grippe“ können erstaunte KollegInnen unter der Überschrift „Krankheit zu Hause auskurieren“ nun folgenden Hinweis lesen: „Gehen Sie bei fiebrhafter Erkältung, Magen-Darm-Infekt oder Grippe nicht arbeiten, sondern fördern Sie Ihre Gesundheit durch Erholung. Mit falschem Ehrgeiz scha-

den Sie sich, Ihren Kollegen und Ihrem Arbeitgeber.“ Diesen Empfehlungen hat sich die Senatsverwaltung für Finanzen uneingeschränkt angeschlossen. Aber was für die Abwehr einer Grippeansteckung gilt, muss auch für alle anderen Erkrankungen gelten. Denn wer krank ist, gehört nicht ins Büro. Führungskräfte, die selbst nur die Statistik im Kopf haben und von den Beschäftigten ausdrücklich erwarten, auch krank auf ihrem Arbeitsplatz zu erscheinen, sind schlechte Ratgeber. Sie sollten sich lieber um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kümmern.

Nur wenn nachhaltige Verbesserungen erreicht werden, wenn auf unsinnige Zielvorgaben endlich verzichtet wird, wenn die IT-„Unterstützung“ keine Belastung mehr ist, wenn es eine sinnvolle Arbeitsorganisation, einen reibungslosen Arbeitsablauf und einen guten Informationsfluss gibt, wenn Vorgesetzte den Druck nicht einfach weiter geben und die Personalausstattung an den Aufgaben und nicht an politischen Vorgaben bemessen wird und nicht zuletzt, wenn es eine angemessene und gerechte Entlohnung für die Arbeit gibt und ein wertschätzender Umgang zur Regel wird, kann auch im Finanzamt die tägliche Arbeit zu einer guten Arbeit werden. Dafür trägt der Berliner Senat im Allgemeinen und die Senatsverwaltung für Finanzen im Besonderen die Verantwortung. ver.di hat beide immer wieder daran erinnert und wird das auch weiterhin tun.



Mehr zum DGB-Index „Gute Arbeit“ 2009 finden Sie unter www.dgb-index-gute-arbeit.de. Hier können Sie auch Ihren persönlichen Index für Ihren eigenen Arbeitsplatz ermitteln und mit den Arbeitsbedingungen in Deutschland vergleichen.

Telefonstress: Schluss mit der Hinhaltetaktik!

Bereits im März 2009 hatte ver.di die Senatsverwaltung für Finanzen aufgefordert, die telefonischen Sprechzeiten einzuschränken, damit die KollegInnen konzentrierter arbeiten können (siehe vau, Ausgabe April 2009). Das Thema war inzwischen Gegenstand einer Vorsteherbesprechung mit der Senatsverwaltung, wurde dort kontrovers diskutiert – und erst einmal bis zum Jahresende vertagt. Das ist nichts Anderes als eine Hinhaltetaktik.

ver.di sagt: Hier könnten die KollegInnen ohne größere Kosten entlastet werden. Auch das wäre ein Stück Wertschätzung. ver.di verlangt von der Senatsverwaltung für Finanzen, die Klagen der Beschäftigten über den Telefonstress ernst zu nehmen und diese Belastungen endlich einzuschränken.

Sei Welt, sei Meister, sei Berlin!



Nach der WM in Berlin im Sommer erfahren wir von einer ganz anderen Meisterschaft, die im Jahre 2000 heimlich vom Bundesministerium der Finanzen ausgeschrieben wurde. Im „Wettkampf um die innovativste Finanzverwaltung 2010“ war Auflage, durch konsequente und zukunftsorientierte Umgestaltung der Länderfinanzverwaltungen trotz Personaleinsparungen eine reibungslose Umsetzung der Gesetzgebung im Bereich Steuern sicherzustellen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat sich seinerzeit ohne Zögern angemeldet. Die Einführung der zZFÄ, der Festsetzungs- und Erhebungsteams und schließlich die „Erfindung“ des Kombi-Sachgebiets sorgten in den Reihen von SenFin frühzeitig für Medaillenstimmung. Durch eine gezielte Indiskretion ist der vau-Redaktion nun bekannt, dass Berlin zwar ins Halbfinale gekommen ist, auf der Zielgeraden aber auf dem undankbaren vierten Platz zu landen droht. Grund ist der Endspurt, den die ebenfalls noch im Rennen befindlichen Länder Hamburg, Bayern und Brandenburg eingeläutet haben:

Hamburg hat durch schonungsloses Kopieren von den Berlinern gelernt und verschiebt und fusioniert Abteilungen und Teilämter, hat Scannerverfahren, Risikomanagement und EOSS eingeführt. Nach **DOMEA** (**D**okumenten**m**anagement u. **e**lektronische **A**rchivierung) folgte 2009 „**Vera**“ (= **V**eranlagungs**a**npassung). Neuester Clou: das Ohnsorg-Theater soll im Finanzamtsgebäude Hamburg-Oberalster, dem Bieberhaus, unterkommen und so für höhere Steuermoral bei den Hamburger Bürgern sorgen.

Bayern, ohnehin durch die Entwicklung von EOSS immer Anwärter auf einen der vorderen Plätze, hat in 2009 ebenfalls durch Fusion aller sieben Münchner Finanzämter zu *dem* Finanzamt München für Furore gesorgt. Unter einheitlicher Leitung durch die „Stabsstelle Steuerung“ werden Personalprobleme der einzelnen „Abteilungen“ im Handumdrehen gelöst.

Brandenburg ausgerechnet gilt neuerdings als stärkster Aspirant auf den Titel. Das Land hat vor, alle Finanzämter zu einem einzigen zusammenzufassen und wird damit die staunenden Münchner auf der Außenbahn mit einem einzigen langen Schritt überholen.

Berlin hat jedoch vor zu kontern, um sich nicht mit „Dabei sein ist alles!“ begnügen zu müssen. So wurde die Latte nochmals höher gelegt: Nach Erreichen einer Personalausstattung von 90 % Ende 2009, der Einführung des Kombi-Sachgebiets in den Ämtern und der Kombi-Referate bei SenFin soll nun auf den letzten Metern eine Bildungsoffensive beim Leitungspersonal den Erfolg bringen. Ob Vorsteher, Geschäftsstellen- oder Sachgebietsleiter, alle werden lernen, den motivationalen, restriktiven und partizipativen Führungsstil zu unterscheiden und auch anzuwenden. Wie einem offiziellen Arbeitspapier aus der Berliner Finanzverwaltung zu entnehmen ist, bieten die Führungskräfte in den Teamentwicklungsphasen Forming, Storming, Norming und Performing den individuell gereiften Teammitgliedern so den nötigen Halt und Orientierung.

Eine derartige Personalentwicklungsoffensive sucht ihresgleichen. Selbst die Bundesregierung zeigt sich beeindruckt, will jedoch die Ergebnisse der A- und B-Proben nach dem Zieleinlauf Ende 2010 abwarten.

Die Senatsverwaltung hofft schon jetzt auf weltmeisterliche Stimmung in den Finanzämtern. Die vorgegebenen Zielvereinbarungen sind durchaus mit Qualifikationsnormen für Olympia vergleichbar. Zur Motivation soll jede Dienstkraft ein T-Shirt mit Aufdruck „sei stolz, sei konditioniert, sei Berlin!“ erhalten.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
 Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß, antje.thomass@verdi.de
 Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortmann
 Layout: Manfred Schultz
 Herstellung: tableau GmbH
 Ausdruck eines Beitrittformulars unter www.vau-online.de
www.vau-online.de
www.verdi.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
 Leserbriefe an: info@vau-online.de

